Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2005

Gesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung

Der Senat überreicht der Stadtbürgerschaft den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung nebst Begründung mit der Bitte um Beschlussfassung. Der Senat bittet, den Entwurf erst dann zu beschließen, wenn das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsetzungsbefugnisse der Gemeinden verkündet worden ist.

Die Beeinträchtigung der Aufenthaltsqualität auf öffentlichen Flächen durch Personen, die diese Flächen missbräuchlich in Anspruch nehmen, hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Während auf der einen Seite erhebliche Anstrengungen unternommen worden sind, um die Qualität öffentlicher oder öffentlich zugänglicher Flächen aufzuwerten, lässt sich auf der anderen Seite feststellen, dass durch bestimmte Verhaltensweisen vor allem in Verbindung mit extensivem Alkoholgenuss die Beeinträchtigung der Aufenthaltsqualität für andere Personen die Grenze des Zumutbaren überschreitet. Beschwerden beispielsweise über das Lagern auf öffentlichen Flächen in Verbindung mit Alkoholgenuss, verbalen Belästigungen und Abfallansammlungen oder über Geruchsbelästigungen durch Urin werden von Bürgern oder Besuchern der Stadt häufig geäußert. Durch eine Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung soll eine Möglichkeit geschaffen werden, diesen Verhaltensweisen begegnen zu können.

Die städtische Deputation für Inneres hat den Entwurf auf ihrer Sitzung am 6. Oktober 2005 zur Kenntnis genommen.

Der Entwurf hat keine finanziellen Auswirkungen.

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung

Der Senat verkündet das nachstehende von der Stadtbürgerschaft nach § 3 a des Gesetzes über die Rechtsetzungsbefugnisse der Gemeinden vom 16. Juni 1964 (Brem.GBl. S. 59 – 2012-a-1), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 3. Mai 1994 (Brem.GBl. S. 123) geändert worden ist, und § 18 Abs. 9 des Bremischen Landesstraßengesetzes vom 20. Dezember 1976 (Brem.GBl. S. 341 – 2182-a-1), das zuletzt durch Artikel 23 des Gesetzes vom 18. Dezember 2003 (Brem.GBl. S. 413, 420) geändert worden ist, beschlossene Ortsgesetz:

Artikel 1

Das Ortsgesetz über die öffentliche Ordnung vom 27. September 1994 (Brem.GBl. S. 277 – 2183-a-2), zuletzt geändert durch Ortsgesetz vom 1. März 2005 (Brem.GBl. S. 33), wird wie folgt geändert:

1. Nach § 2 wird folgender § 3 eingefügt:

„§ 3

Verhalten auf Straßen und in der Öffentlichkeit

Es ist untersagt,

1. sich dauerhaft zum Zwecke des Alkoholkonsums auf Straßen, der Öffentlichkeit zugänglichen öffentlichen Flächen oder Bänken niederzulassen und dadurch die Nutzung durch andere unzumutbar zu beeinträchtigen,

2. auf der Straße oder der Öffentlichkeit zugänglichen öffentlichen Flächen zu urinieren oder seine Notdurft zu verrichten.“
2. § 10 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 3 eingefügt:
 - „3. a) sich entgegen § 3 Nr. 1 dauerhaft zum Zwecke des Alkoholkonsums auf Straßen, der Öffentlichkeit zugänglichen öffentlichen Flächen oder Bänken niederlässt und dadurch die Nutzung durch andere unzumutbar beeinträchtigt,
 - b) entgegen § 3 Nr. 2 uriniert oder seine Notdurft verrichtet.“
 - bb) Die bisherigen Nummern 3 bis 8 werden neue Nummern 4 bis 9.
 - b) In Absatz 2 wird die Angabe „500 DM“ durch die Angabe „500 €“ ersetzt.

Artikel 2

Dieses Ortsgesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung

Die Beeinträchtigung der Aufenthaltsqualität auf öffentlichen Flächen durch Personen, die diese Flächen missbräuchlich in Anspruch nehmen, hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Während auf der einen Seite erhebliche Anstrengungen von öffentlicher und privater Seite unternommen worden sind, um die Qualität öffentlicher oder öffentlich zugänglicher Flächen aufzuwerten, lässt sich auf der anderen Seite feststellen, dass durch bestimmte Verhaltensweisen in Verbindung mit extensivem Alkoholenuss die Beeinträchtigung der Aufenthaltsqualität für andere Personen die Grenze des Zumutbaren überschreitet. Beschwerden beispielsweise über das Lagern auf öffentlichen Flächen in Verbindung mit Alkoholenuss, verbalen Belästigungen und Abfallansammlungen oder über Geruchsbelästigungen durch Urin werden von Bürgern oder Besuchern der Stadt häufig geäußert.

Der missbräuchlichen, d. h. der über den Gemeingebrauch hinausgehenden Inanspruchnahme öffentlicher Flächen durch Personen soll daher begegnet werden. Ferner ist beabsichtigt, das Urinieren oder Verrichten der Notdurft auf diesen Flächen zu untersagen.

Zu Nummer 1 (§ 3)

- a) Nummer 1

Die Regelung konkretisiert, wann ein Aufenthalt auf Straßen oder auf anderen öffentlichen Flächen über den Gemeingebrauch hinausgeht; gleichzeitig wird eine solche Nutzung als unerlaubt untersagt. Dabei ist unstrittig, dass bei einem auf Dauer angelegten Aufenthalt die Grenze des zulässigen Gemeingebrauchs an öffentlichen Flächen auch im Rahmen eines so genannten kommunikativen Gemeingebrauchs überschritten sein kann. Dabei kommt es nicht auf die tatsächliche Dauer der Nutzung an, sondern auf eine absehbar und erkennbar auf Dauernutzung angelegte Nutzungsabsicht. Sobald ein erkennbares „Sich-Einrichten“, d. h. ein über einen vorübergehenden Aufenthalt hinausgehender Aufenthalt in Verbindung mit einem Niederlassen im öffentlichen Raum stattfindet, kann die Grenze vom zulässigen Gemeingebrauch zur nicht statthaften Sondernutzung bereits überschritten sein. Dies allein soll allerdings nach der Regelung noch nicht genügen, um das Verhalten durch die beabsichtigte Regelung untersagen zu können. Die als störend empfundenen Verhaltensweisen stehen durchweg in Verbindung mit dem – oft exzessiven – Genuss von Alkohol. Als weitere Voraussetzung legt die Regelung daher fest, dass das Niederlassen mit dauerhafter Nutzungsabsicht zum Zwecke des Alkoholenusses erfolgen muss. Dabei ist es nicht erforderlich, dass der Alkoholenuss alleiniger oder Hauptzweck des Aufenthalts ist. Es genügt, wenn der Alkoholenuss zumindest auch Zweck des Aufenthalts auf der öffentlichen Fläche ist.

Diese Voraussetzungen genügen für sich allerdings noch nicht, um zulässige und nicht störende Verhaltensweisen von den eigentlich gemeinten störenden Verhaltensweisen trennscharf abzugrenzen. Daher ist in die Regelung als weitere Voraussetzung aufgenommen worden, dass die durch die ersten beiden Tatbestandsmerkmale erfassten Verhaltensweisen auch zu einer unzumutbaren Beeinträchtigung der Nutzung durch andere führen müssen. Dies bedeutet, dass die Nutzungsansprüche Dritter im Sinne des Gemeingebrauchs an öffentlichen Flächen mehr als zulässig eingeschränkt werden. Dies ist z. B. der Fall, wenn von den betroffenen Personen, die sich dauerhaft zum Zwecke des Alkoholgenusses auf einer öffentlichen Fläche niedergelassen haben, außerdem störende Auswirkungen auf Dritte ausgehen, die deren Nutzungsrechte mehr als zumutbar einschränken. Dies können sowohl unmittelbar an Dritte gerichtete verbale Äußerungen oder Gesten herabsetzender oder beleidigender Art sein (z. B. Anpöbeln von Passanten) als auch nicht an bestimmte Personen gerichtete allgemein wahrnehmbare herabsetzende Äußerungen, lautstarke Gesänge, Gesten oder andere Verhaltensweisen, die eine Inanspruchnahme des Nutzungsrechts Dritter in unmittelbarer Nähe nach verständiger Betrachtung nicht angezeigt sein lassen und die damit die Nutzungsrechte anderer mehr als zumutbar einschränken. Aber auch der tatsächlich langfristige Aufenthalt an der gleichen Örtlichkeit zum Zwecke des Alkoholkonsums kann wegen seiner Dauer zu einem faktischen Ausschluss der Nutzung durch andere führen und damit deren Nutzungsrecht unzumutbar einschränken.

Diese Verhaltensweisen werden durch die Regelung untersagt. Die Polizei kann bei Verstößen das Verhalten untersagen, den weiteren Aufenthalt z. B. mit dem Instrument des Platzverweises unterbinden und das Verhalten als Ordnungswidrigkeit ahnden. In der polizeilichen Praxis wird zuvor eine Ansprache der Betroffenen erfolgen, in der sie auf das störende Verhalten hingewiesen und aufgefordert werden, dies zu unterlassen. Nur bei Fortsetzung des beanstandeten Verhaltens werden die oben beschriebenen weiteren Maßnahmen erforderlich. Das Ob und Wie des Einschreitens steht im pflichtgemäßen Ermessen der Polizei, so dass letztlich auch darüber sichergestellt ist, dass nur eine der Störung angemessene Reaktion erfolgt.

b) Nummer 2

Mit der Regelung werden die beschriebenen Verhaltensweisen deutlich als unerlaubt gekennzeichnet, um einer Verschmutzung und Verwahrlosung öffentlicher Räume effektiv entgegenzutreten zu können.

Zu Nummer 2 (§ 10 Abs. 1)

Die Regelung enthält die Bußgeldbewehrung für die neu vorgesehenen Tatbestände sowie die Anpassung des Bußgeldrahmens.